

Themenblock 3:

Rechte und Pflichten der Mitglieder der Bezirksversammlungen; Haushaltsrecht

Übersicht

1. Befugnisse in Angelegenheiten des Bezirksamtes
Einschub: *Beanstandungsrecht der Bezirksamtsleitung*
2. Befugnisse in Angelegenheiten der Fachbehörden
3. Mitwirkung bei Wahlen und Abstimmungen
4. Pflichten der Bezirksversammlungsmitglieder
5. Aufwandsentschädigung nach dem Entschädigungsgesetz (EntschädLG)
6. Gestaltungsmöglichkeiten der BV: Bauleitplanung
7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der BV

§ 19 Abs. 1: Informationspflicht der Bezirksamtsleitung „bei Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung“

- Entscheidung beeinflusst zahlreiche bedeutsame Fälle oder
- Angelegenheit ist von herausragendem Gewicht

*-> Vereinbarung zwischen BV und
Bezirksamtsleitung über die
Ausgestaltung der Informationspflicht*

1. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten des Bezirksamtes

§ 19 Abs. 2: Entscheidungsrecht in allen Angelegenheiten des Bezirksamtes

„Die Bezirksversammlung kontrolliert die Führung der Geschäfte des Bezirksamtes. Sie kann in allen Angelegenheiten, für die das BA zuständig ist, das BA bindende Beschlüsse fassen.“

- Ausnahme: Personal- und Organisationsangelegenheiten
- BV „soll“ sich auf Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschränken
- Bei Vorgaben für Ermessensausübung: vorherige Informationspflicht durch das BA über die rechtlichen Grenzen des Ermessens

1. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten des Bezirksamtes

Folge der Entscheidung der Bezirksversammlung :

Bezirksamt setzt um (§ 22 Abs. 1 BezVG)!

Ausnahme :

Bezirksamtsleitung beanstandet die Entscheidung binnen zwei Wochen, weil die Grenze des Entscheidungsrechtes überschritten ist (§ 21 BezVG)

...und was bedeutet „Beanstandung“?

Einschub: *Beanstandungsrecht der Bezirksamtsleitung*

- Aufgrund der Bindungswirkung eines Beschlusses der BV sieht das BezVG als „**Schutz**“ für das **BA** das Instrument der Beanstandung vor (keine Verpflichtung zu rechtswidrigem Handeln)
- § 22 Abs. 2 BezVG: Beanstandungsrecht **binnen zwei Wochen**, wenn die Grenzen des Entscheidungsrechtes überschritten sind.
- Demensprechend brauchen solche Beschlüsse, die keine Bindungswirkung entfalten können (z.B. Beschluss zu Personalangelegenheiten) nicht beanstandet zu werden.
- Die Beanstandung hat **aufschiebende Wirkung**; die Bezirksamtsleitung ist befugt, eine vorläufige Regelung zu treffen.
- *Teilweise Beanstandung eines Beschlusses* möglich

An das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung

Die BV.... hat in ihrer Sitzung am 30.4.2009 mit der Drs. XVIII72009 beschlossen,

1. das B-Planverfahren Hamburg 21 einzustellen.
2. den Grünstreifen und die Aufwallung auf dem Flurstück....

„Den Beschluss der BV zu Ziffer 1 beanstande ich gemäß § 22 Abs. BezVG. Der Beschluss überschreitet die Grenzen des Entscheidungsrechtes nach § 21 BezVG.

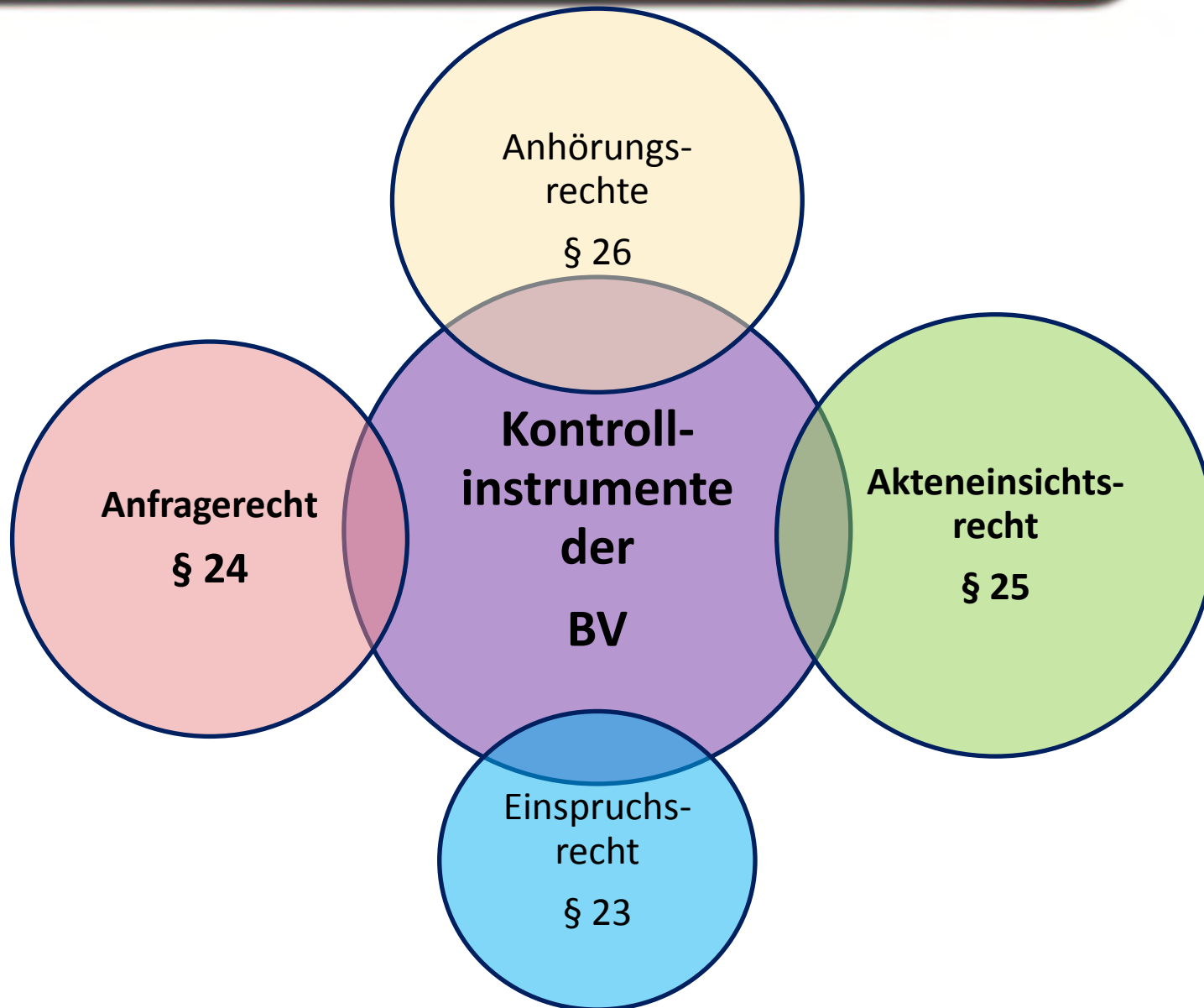
Begründung:

Der Senat hat mit Drs. 2005/900 unter Ziffer 36 beschlossen, das Bebauungsplanverfahren zügig und mit Priorität voranzutreiben. Diese Entscheidung hat weiterhin Bestand, der BV-Beschluss steht damit im Widerspruch zu einer Senatsentscheidung.“

Verfahren der Eskalation

- Bei Nichtaufhebung binnen zwei Monaten entscheidet der Senat.
- Die Senatsdrucksache geht über die Bezirksaufsichtsbehörde an den Senat.
- Vor Senatsbefassung Versuch der Streitschlichtung
- Bei Senatsbefassung hebt der Senat den beanstandeten Beschluss auf und unterrichtet die Bürgerschaft unter Angabe der maßgeblichen Gründe => Ausnahmefall
- Bei Erledigung (z.B. Aufhebung des Beschlusses nach Ablauf der Zweimonatsfrist) ist eine Senatsbefassung nach Sinn und Zweck des Instrumentes entbehrlich.

1. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten des Bezirksamtes



1. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten des Bezirksamtes

Anhörungsrechte

- vor Entscheidung des BA über Standorte von Dienststellen
- Übertragung und Zusammenfassung von Aufgaben
- Vor Erlass eines Widerspruchsbescheids, wenn einem Widerspruch gegen einen VA, an dem die BV mitgewirkt hat, stattgegeben werden soll (§ 19 Abs. 4 BezVG)

Anfragerecht

zu Angelegenheiten des BA,
gerichtet an die Bezirksamtsleitung

Akteneinsichtsrecht

- Auf Verlangen 1/5 der Mitglieder der BV oder des HA ODER
- Antrag des Ausschusses (also Mehrheit)

Kleine Anfragen

- Schriftlich von mind. einem Mitglied
- Antwortfrist:
- 8 Arbeitstage

Große Anfragen

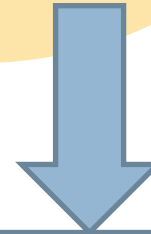
- Schriftlich von einer Fraktion
- Antwortfrist: 1 Monat
- Fraktion kann Besprechung in der BV verlangen

2. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten der Fachbehörden

Anhörungsrecht
bei Standort-
entscheidungen
§ 28

Anhörungsrecht bei
Erteilung von
Baugenehmigungen
Vorbehaltsgebieten
§ 29

Auskunfts- und
Empfehlungs-
recht
§ 27



Auskunftsrecht (Fragen)

=> Unterstützung durch drei Mitglieder
Polizei ist verpflichtet, Auskunftsperson
in Ausschüsse zu entsenden

Empfehlung (Ersuchen/Resolution)

=> Mehrheitsbeschluss
EmpfehlungR übt die
BV (nicht der
Fachausschuss) aus

Für beide gilt:

- Adressat ist die „zuständige Behörde“ (nicht der Senat)
- Antwortpflicht der Fachbehörde
- Antwortfrist von 6 Wochen

2. Befugnisse der Bezirksversammlung in Angelegenheiten der Fachbehörden

Praktische Hinweise:

- Vorsitzendes Mitglied vertritt BV-Mitglieder, Übermittlung durch die Geschäftsstelle an die Fachbehörde (beschlossener Text, nicht Antrag!)
- BVG überprüft die gesetzlichen Voraussetzungen
- Fachbehörde muss der Bezug der Angelegenheit zum Bezirk deutlich gemacht werden
- Klare Trennung & Benennung von Anfrage und Empfehlung, Trennung von Inhalten und Adressaten (Anfrage nach § 24 und 27 BezVG)
- Anfrage: Namentliche Benennung, Übermittlung an das Postfach „Bezirksaufsichtsbehörde“

....Nicht umfasst von §§ 27, 28 BezVG:

*Abstimmungsverfahren von
Senatsdrucksachen* - Beteiligung der BVen
nicht vorgesehen. Daher kein Anspruch auf
ausreichende Stellungnahmefrist.

Die formalisierte Weitergabe von Drs. ist nicht
vorgesehen, aber die BVen werden über ihre
BÄ regelmäßig informiert über Drs.Entwürfe
mit bezirklichem Bezug

3. Wahlen und Vorschlagsrechte

Bezirksversammlung wählt:

- Vertrauensperson für Schöffenwahlausschuss
- Beisitzende Mitglieder der Kommission für Bodenordnung und der Kommission für Stadtentwicklung

Bezirksversammlung schlägt vor:

Bezirksamtsleitung („durch Wahl“), § 34 Abs. 1 BezVG

=> Bestellung durch Senat, wenn dienstrechtliche Voraussetzungen vorliegen

Bezirksversammlung beschließt Vorschlagslisten:

- Beisitzende Mitglieder der Widerspruchsausschüsse
- Schöffinnen und Schöffen
- Ehrenamtliche Richter am VG und SG

4. Pflichten der Bezirksversammlungsmitglieder

Befangenheit anzeigen (§ 6)

- § 6 Abs. 3 BezVG: *Verbot der Mitberatung und Abstimmung in Angelegenheiten, die besonderen Vor- oder Nachteil bringen könnten* – hinreichende Wahrscheinlichkeit genügt!
- gilt auch bei Betroffenheit von Angehörigen oder Vertretenen
- Befangenheit muss das Mitglied vor Eintritt in die Tagesordnung von sich aus erklären (bezogen auf die konkret zu beratende Angelegenheit), § 6 Abs. 5 BezVG
- Bei Zweifeln entscheidet die BV
- Das ausgeschlossene Mitglied darf nicht weiter zugegen sein:
 - Bei öffentlichen Sitzung: Platznehmen im Zuschauerraum
 - Bei nicht-öffentlichen Sitzungen: Entfernen aus dem Zuschauerraum

Verschwiegenheit bei vertraulicher Beratung (§ 7)

Der Inhalt von Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung der BV und ihrer Ausschüsse ist vertraulich,

- bei Erklärung durch die Bezirksamtsleitung zu einem TOP
- bei Beschluss durch das Gremium

Die Verschwiegenheitspflicht entspricht der Regelung für die Verschwiegenheit ehrenamtlich Tätiger (§ 84 HmbVwVfG)

Geheimhaltungsbedarf bezieht sich auf Abstimmungsverhalten einzelner Mitglieder sowie auf das Abstimmungsergebnis; Geheimhaltung dient der unbefangenen Meinungsbildung im Gremium

➡ *Verletzung der Verschwiegenheit ist strafbar nach §§ 203 Abs. 2 und 353 b StGB*

5. Aufwandsentschädigung nach dem EntschädLG

- Abgeltung des Aufwandes über das Entschädigungsgesetz
- Das EntschädLG gilt grundsätzlich für alle in Ausschüssen tätigen Personen (z.B.), enthält aber spezielle Regelungen für Mitglieder der Bezirksversammlungen
- 2009 Neuregelung des EntschädLG - Ziel: **Verbesserung der Stellung der BV-Mitglieder (Erhöhung der Aufwandsentschädigung, Einführung von Kinderbetreuungskosten, IT-Pauschale und HVV-Ticket)**
- **Sitzungsgeld für die Teilnahme an jeder Vollsitzung 21 €**
(BV & Ausschüsse)
- Sitzungsgeld nur als Ausschussmitglied bei Teilnahme an Sitzung
(als Gast kein Anspruch auf Sitzungsgeld)

5. Aufwandsentschädigung nach dem EntschädLG

zusätzlich für **BV-Mitglieder:**

- Sitzungsgeld für Fraktionssitzungen
- Fraktionsvorstand erhält Sitzungsgeld bei Teilnahme an Fraktionsvorstandsitzungen



aber: - *Begrenzung des zu entschädigenden Fraktionsvorstandes auf sieben Mitglieder*

- *Vorstand darf nicht größer sein als die Fraktion selber*
- *Anzahl der Fraktions- und der Fraktionsvorstands-sitzungen begrenzt auf die Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung*

Entschädigung für **zubenannte Bürgerinnen und Bürger:**

- 21 € für die Teilnahme an einer Ausschusssitzung
- Sitzungsgeld für die Teilnahme an einer Fraktionssitzung (eingeführt mit der Novellierung EntschädLG 2009)

5. Aufwandsentschädigung nach dem EntschädLG

Höhe der Aufwandsentschädigung
BV-Mitglieder = 369 € monatlich

- Letzte Anpassung der Aufwandsentschädigung 1987; gestiegener Aufwand und Umfang der Aufgabe berücksichtigt
- Die Entschädigungen werden monatlich nachträglich gezahlt
- Anspruch ist unverzichtbar und unübertragbar
- Die Leistungen nach dem EntschädLG erfolgen steuerfrei, die Voraussetzungen der Steuerfreiheit nach § 3 Abs. 12 Satz 1 EStG liegen vor.
- § 5 a EntschLG: Kommission befindet über Angemessenheit der Entschädigungsleistungen



5. Aufwandsentschädigung nach dem EntschädLG

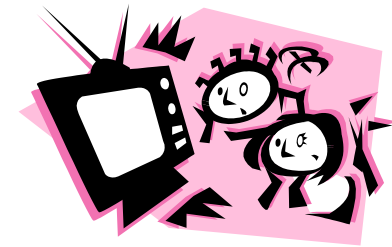
§ 3a - Freihaltung von Fahrtkosten:

Fahrtberechtigungsausweis (HVV-Ticket)
wie in § 3 HmbAbgeordnetengesetz oder
monatliche Abgeltung in Höhe von 51 €



§ 3b - Kinderbetreuungskosten:

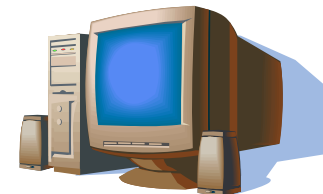
für im Haushalt lebende Kinder, die noch nicht
das 10. Lebensjahr vollendet haben in Höhe
von 15 € pro Kind und Sitzung



➡ auch für zubenannte Bürger!

§ 3c – Zuschuss für IT-Nutzung:

Einmaliger Zuschuss in Höhe von 1.200 €, der zu Beginn der
Legislaturperiode gezahlt wird; Betrag ist zu erstatten bei
Ausscheiden aus der BV innerhalb von drei Monaten nach der Wahl



Fraktionszuschüsse, § 5

Aktuelle Höhe der Fraktionszuschüsse:
für jede Fraktion **1.558,62 €** monatlich
zuzüglich

472,88 € monatlich für jedes Mitglied der Fraktion

→ *die Zuschüsse erhöhen sich zum gleichen Zeitpunkt und um den gleichen Prozentsatz wie die Anpassung der Geldleistungen in der Bürgerschaft, § 8 Fraktionsgesetz.*

5. Fraktionszuschüsse nach dem EntschädLG

- Fraktionen entscheiden über Verwendung in eigener Verantwortung

aber:



- Sie beachten Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit
- Bildung von Rücklagen und Rückstellungen erlaubt
- Die Fraktionen haben Rechnung zu legen (§ 5 Abs. 6):
„Fraktionen haben über ihre Einnahmen und Ausgaben sowie ihr Vermögen Rechnung zu legen.“
 - spätestens bis zum 30.06. für das vorherige Kalenderjahr
 - Einzelpositionen müssen erkennbar werden (Personalausgaben, Öffentlichkeitsarbeit etc.)

5. Fraktionszuschüsse nach dem EntschädLG

- Prüfvermerk eines Wirtschaftsprüfers, dass
*Rechnung den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen
Buchführung entspricht, Ausgaben belegt sind und nicht für
fraktionsfremde Zwecke verwendet wurden.*

....solange in Verzug mit der Rechnungslegung:

Zurückbehalt der Fraktionszuschüsse!

- Zweckwidrig verwendete Fraktionsmittel sind zurückzuzahlen
-> STEUERGELDER!
- Zum Thema Zweckwidrigkeit siehe auch Richtlinie des
Präsidentin/Präsident der Bürgerschaft

6. Gestaltungsmöglichkeiten der BV

Grundsatz:

Zuständigkeit der BÄ für die gesamte Bauleitplanung; Übertragung auf die Bezirksämter durch die WeiterübertragungsVO – Bau (außer Hafen-City)

Feststellung von Bebauungsplänen durch das Bezirksamt:

- Bebauungsplänen werden vom BA erarbeitet
- **Beteiligung der Öffentlichkeit durch die Bezirksversammlung** oder Ausschuss (§ 3 BauGB, § 1 Abs. 2 Bauleitplanfeststellungsgesetz) - Öffentliche Plandiskussion
- Beschluss zur Feststellung von Bebauungsplänen **bedarf der Zustimmung der Bezirksversammlung (§ 6 Abs. 2)**
- bei fehlender Zustimmung binnen vier Monaten nach Entwurfsvorlage
-> Senat kann Planentwurf der Bürgerschaft zur Feststellung vorlegen.
- Bei der laufenden Erarbeitung Mitwirkung in Form von nicht bindenden, aber fachlich zu berücksichtigenden Empfehlungen

6. Gestaltungsmöglichkeiten der BV

Ausnahme

*Senat kann sich Planungskompetenz zurückholen durch Evokation
oder die Festlegung von Vorbehaltsgebieten*

Feststellung von Bebauungsplänen durch den Senat:

- keine gesonderte Beteiligung der BV; Zustimmung der BV entfällt. Information der BV durch die Bezirksamtsleitung.
- Feststellung von Vorbehaltsgebieten durch die Änderung der WeiterübertragungsVO:

BV ist mit Frist von drei Monaten anzuhören. Ihre Stellungnahme ist der Bürgerschaft zur Kenntnis zu geben (qualifizierte Beteiligung), § 7 Abs. 2 Bauleitplanfeststellungsg.

Grundlagen des Haushaltswesen

Aktuell gilt:

- Gliederung in Einzelpläne: Je Bezirksamt und Fachbehörde ein Einzelplan
- Kameraler Haushalt (Darstellung von Einnahmen und Ausgaben)
- Zur Zeit Haushaltsplanaufstellung 2011/2012
-> *ca. ¾ Jahr Verspätung; z.Zt. Vorläufige Haushaltsführung*

In der Entwicklung:

- Doppelte Buchführung (Doppik), die
z.B. Abschreibung berücksichtigt – in FB teilweise eingeführt, für BÄ ungewiss
- Umstellung auf wirkungsorientierte Steuerung (Kennzahlen) sog. „Neues Haushaltswesen Hamburg – NHH“ (Ziel- und Leistungsvereinbarungen) -> **Einführung/Reichweite ungewiss**

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Veranschlagung in den Einzelplänen der BÄ:

- Personalausgaben der Bezirksämter
- Für Verwaltung erforderliche Sachausgaben und Investitionen
- Sondermittel für Bezirksversammlungen

Veranschlagung in den Einzelplänen der Fachbehörden:

Zuweisungen für die Bezirksämter

- Rahmenzuweisungen
- Zweckzuweisungen
- Einzelzuweisungen

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Rahmenzuweisungen...

... für die den BÄ vom Senat übertragenen Aufgaben, für die nach Entscheidung des Senats Gestaltungsspielraum besteht.

RZ werden nach Schlüsseln auf die BÄ verteilt – Schlüssel werden mit dem Haushaltsplanentwurf nach Stellungnahme BV und BÄ vom Senat beschlossen.

Die BV entscheidet auf Vorschlag des BA, wie der Anteil der RZ auf bezirkliche Einzelzwecke des Aufgabenbereichs aufgeteilt wird.

Beispiel: RZ „Neu-, Um- u. Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen“;
Volumen rd. 11 Mio. EUR für 2011

Schlüsselkriterien: Straßenkilometer, Planungskosten

BV entscheidet über Prioritäten

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Zweckzuweisungen...

...für die den BÄ vom Senat übertragenen Aufgaben, für die nach Entscheidung des Senats kein Gestaltungsspielraum besteht.

Beispiel: Wohngeld; Volumen rd. 31 Mio. EUR

Die Anspruchsvoraussetzungen sind gesetzlich geregelt. Die BÄ müssen die Aufgabenerfüllung mit ihrem Personal sicher stellen. Dabei hat die BV keine Entscheidungsbefugnis.

Einzelzuweisungen...

...für neue größere Einzelprojekte im Sachhaushalt und für neue größere Investitionen. Die BV beschließt über die Anmeldung.

Beispiel: EZ an das BA Harburg zur „Herrichtung der Grünflächen im Bebauungsplangebiet Neugraben-Fischbek 65“; Volumen 300 Tsd. Euro für 2012

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung



7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Sondermittel

- Gestaltungsfonds 200.000 Euro pro Jahr/BA (Investitionsmittel)
- „klassische“ Sondermittel insges. 250.000 Euro für konsumtive und 300.000 Euro für investive Maßnahmen
- Verwendung beschränkt auf
 - Baumaßnahmen einschließlich Instandsetzungen und Beschaffungen
 - Einmalige Zuschüsse an Dritte
 - Ausgaben zur Durchführung von förderungswürdigen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und gemeinnützigen Maßnahmen
 - Vortragshonorare

Über die Verwendung entscheidet die BV!

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Förderfonds Bezirke

- 2011 beinhaltet Fonds 3 Millionen EUR
- Mittel werden als Prämien ausgeschüttet, Anreizsystem
- Maßstab für Mittelverteilung: Planerische Ausweisung von Wohnungsbau- / Gewerbeflächen, Genehmigungen Wohnungsbau, positive Strukturveränderungen z.B.
 - > Einwohnerentwicklung
 - > Dauer BaugenehmigungsV

Über die Verwendung entscheidet die BV!

7. Haushaltsrechtliche Befugnisse der Bezirksversammlung

Bezirkliche Ressourcenausstattung - Rahmenbedingungen

- **Aufgabenentwicklung**

Steigerung von Fallzahlen in vielen Bereichen, intensivere Wahrnehmung vorhandener Aufgaben gefordert, Übertragung neuer Aufgaben

- **Anforderungsentwicklung**

Gestiegene Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, Effizienzerwartungen, bessere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, mehr Transparenz

- **Ressourcenentwicklung**

Kontinuierliche Reduzierung des Ressourceneinsatzes in der bürgernahen Verwaltung seit 1990

Minus 40% von 11.479 Stellen 1990 auf 7.086 Stellen in 2010

- **Organisationsentwicklung**

Fehlende Transparenz der Kostenstrukturen, keine Mechanismen zur Berücksichtigung unterschiedlicher Entwicklungen, Auseinanderfallen von Ressourcenverantwortung, mangelnde Nutzung von IT

*Herzlichen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit!*

Die Referenten:

Anke Huß

Referatsleiterin

Justitiariat Bezirksangelegenheiten

anke.huss@fb.hamburg.de

Tom Oelrichs

Abteilungsleiter

Bezirksangelegenheiten

tom.oelrichs@fb.hamburg.de

Finanzbehörde

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg

Tel.: 428 23 -2410 / -1550

Anhang: Überblick Wahrnehmung zentraler Aufgaben durch einzelne Bezirksamter

Bezirksamt	Fachamt	Aufgabe	Stellenkapazität
Hamburg-Mitte	Einwohnerwesen	Sondersschalter für Werkverträge und Seeleute Meldeangelegenheiten für Personen ohne festen Wohnsitz und für Seeleute	
	Gesundheit	Betreuung von Nicht-Sesshaften Röntgen/Schirmbildstelle Sonderfürsorge für Knochen- und Gelenk-Tbc TB-Bekämpfung	
	Grundsicherung und Soziales	Ausbildungsförderung Zentrale Platzbörse Zentrale Stammdatenverwaltung, Rechnungsanweisungen Zentralstelle für Wohnungslose	
	Hamburg Welcome Center	Hamburg Welcome Center	
	Interner Service	Zentrale Vordruckstelle Zentrale Briefzustellungs- und Eintragungsstelle für Volksbegehren	
	Jugend- und Familienhilfe	Erstannahme mdj. unbegleiteter Flüchtlinge	

Anhang: Überblick Wahrnehmung zentraler Aufgaben durch einzelne Bezirksamter

Bezirksamt	Fachamt	Aufgabe	Stellenkapazität
	Management des öffentlichen Raums	Flaggendienst	
		Koordinierung BOD und Hundekontrolldienst	
		Zentrale Verwertung sichergestellter Fahrzeuge	
		Zentrale Ausschreibungen für den Winterdienst und Fahrbahnmarkierungen	
	Personenstandswesen	Hauptstandesamt	
	Rechtsamt	Jurist Hundekontrolldienst	
	Ressourcensteuerung	Parkuhrenentleerung	
	Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	Infocenter "Wasser, Gesundheit, Umwelt"	
		Veterinär Hundekontrolldienst	
		Zentralstelle Schwarzarbeitsbekämpfung	
		Überwachung des Verkehrs mit Erzeugnissen im Sinne des Weingesetzes	
		Lebensmittelkontrolle auf dem Fleischgroßmarkt und im Freihafen	
<hr/>			
Altona	Einwohnerwesen	Fundbüro	
	Gesundheit	Zentraler Zuführdienst und Sonderdienst außerhalb der normalen Dienstzeit	
	Grundsicherung und Soziales	Zentralstelle für Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	

Anhang: Überblick Wahrnehmung zentraler Aufgaben durch einzelne Bezirksamter

Bezirksamt	Fachamt	Aufgabe	
	Jugend- und Familienhilfe	Pflegestellenkoordination	
	Hilfen nach dem Betreuungsgesetz	Hilfen nach dem Betreuungsgesetz	
Eimsbüttel	Einwohnerwesen	(Teil-)ausländerbehördliche Aufgaben für Studenten	96
	Gesundheit	Belehrungen gem. § 43 Infektionsschutzgesetz ("Lebensmittelzeugnisse")	
	Grundsicherung und Soziales	Sozialbestattungen Beschaffung und Verwaltung von orthopädischen Hilfsmitteln	
	Jugend- und Familienhilfe	KJHG-Aufgaben für Mütter und Kinder in Frauenhäusern	
	Straffälligen- und Gerichtshilfe für Erwachsene	Straffälligen- und Gerichtshilfe für Erwachsene	
		Straffälligen- und Gerichtshilfe für Jugendliche	
Hamburg-Nord	Gesundheit	Beratungszentrum "Sehen, Hören, Bewegen, Sprechen"	167
	Jugend- und Familienhilfe	Jugendpsychologischer und -psychiatrischer Dienst Adoptionsvermittlung	
	Management des öffentlichen Raums	Zentralstelle „Maßnahmen gegen Wildplakatierung“ Schwanenwesen	
	Personenstandswesen IT-Angelegenheiten der Bezirksverwaltung	Generalregister der Standesämter und Standesamtliche Registerstelle Zentralstelle für IT-Angelegenheiten der Bezirksverwaltung	

Anhang: Überblick Wahrnehmung zentraler Aufgaben durch einzelne Bezirksamter

Bezirksamt	Fachamt	Aufgabe	Stellen-Kapazität
Wandsbek	Gesundheit	Bestattungswesen	
	Grundsicherung und Soziales	Vermittlung rollstuhlgerechter Wohnungen	
		Antragsannahme für Sozialversicherungsträger und allg. Beratung in Sozialversicherungsangelegenheiten	
	Telefonischer HamburgService	Telefonischer HamburgService	
	Eingliederungshilfe	Eingliederungshilfe	
			201
Bergedorf	Grundsicherung und Soziales	Leistungen nach dem USG	
			3
Harburg	Einwohnerwesen	Zentrales Meldewesen	
	Management des öffentlichen Raums	Bisambekämpfung	
		Zentrale Forstverwaltung	